

PRESSEUNTERLAGE

zur Pressekonferenz der Österreichischen Universitätenkonferenz (uniko) am 7. Juni 2016

Gesprächspartner/in:

Oliver Vitouch, Präsident der **uniko**, Rektor der Universität Klagenfurt

Edeltraud Hanappi-Egger, Vizepräsidentin der **uniko**, Rektorin der Wirtschaftsuniversität Wien

Thema: Vorhaben der neuen Führung der uniko

Knapp sechs Monate nach der Wahl einer Präsidentin wurden – als Folge des Wechsels von Rektorin Sonja Hammerschmid in die Bundesregierung – am Montag, 6. Juni, die Spitzenfunktionen der **Österreichischen Universitätenkonferenz (uniko)** neu bestellt. **Rektor Oliver Vitouch** (Alpen-Adria-Universität Klagenfurt), bisher Vizepräsident, und **Rektorin Edeltraud Hanappi-Egger** (Wirtschaftsuniversität Wien), bisher kooptiertes Mitglied des uniko-Präsidiums, wurden von der Plenarversammlung für die verbleibende Funktionsperiode bis Ende 2017 als Präsident bzw. Vizepräsidentin der uniko gewählt. Die neue Leitung nimmt die heutige Pressekonferenz zum Anlass, um jenes Vorhaben zu akzentuieren, das bereits unter der vormaligen Präsidentin als vorrangig definiert wurde: nämlich die Leistungen der österreichischen Universitäten stärker als bisher ins Rampenlicht zu stellen. Mit der verstärkten Wahrnehmung und Wertschätzung in der Öffentlichkeit soll auch die Politik zu einer zukunftsorientierten Prioritätensetzung zugunsten von Wissenschaft und Forschung motiviert werden – und damit zur langfristigen Wohlstandssicherung unseres Landes.

„Wir verbinden mit einer erhöhten Aufmerksamkeit für die Universitäten auch unsere Forderungen nach einer Studienplatzfinanzierung, also nach einem seriösen Studienplatzmanagement für die Universitäten. Davon werden wir nicht abgehen“, hält der neue Präsident der uniko, Oliver Vitouch, fest. Er sieht in der Neuaufstellung der Bundesregierung die Chance dafür, dass die berechtigten Anliegen der Universitäten ab sofort in beiden Regierungsparteien gleichermaßen Gehör finden. Das Wissen um die Notwendigkeiten einer Hochschulpolitik, die sich an den Erfordernissen des 21. Jahrhunderts orientiert, sollte nach den Worten von Vitouch „die bisherigen gegenseitigen Blockaden in der Bundesregierung auflösen und zu einem Abschied von alten Dogmen führen“.

Studienfächerabgleich. Die Universitätenkonferenz hat sich, wie zu Jahresbeginn angekündigt, selbst verpflichtet, das Studienangebot an den einzelnen Universitätsstandorten zu durchleuchten und hat zu diesem Zweck im März eine programmatische Klausur des Präsidiums abgehalten. Der Prozess ist im Gange; die Ergebnisse werden im Herbst auch der Öffentlichkeit präsentiert. Für eine sinnvolle Abstimmung des Studienangebots von Universitäten und Fachhochschulen sind nach Ansicht des Präsidiums folgende Voraussetzungen unabdingbar:

PRESSEUNTERLAGE

- Ausbau des gesamten tertiären Sektors, also Universitäten und Fachhochschulen, um den Zugang zur tertiären Bildung nicht einzuschränken;
- Kapazitätsorientierte Studienplatzfinanzierung für alle Studien; damit verbunden angemessene und faire Aufnahmeverfahren für alle Studien;
- Keine Schaffung von neuen Standorten / Fakultäten;
- Keine Vollstreckung eines „Sparprogramms“, sondern Klärung des Investitionsbedarfs in neue Strukturen

Die uniko beharrt in diesem Zusammenhang auf einem Vergleich der finanziellen Ausgangssituation von Studiengängen der FH und der Universitäten in gleichgelagerten Fachbereichen und auf der Offenlegung von Finanzierungsströmen der öffentlichen Hand. „Ohne Kenntnis valider Zahlen hat eine Diskussion über Effizienzgewinne der beiden Hochschultypen wenig Sinn“, betont uniko-Präsident Vitouch: „Es braucht Kostenwahrheit.“ Zudem sollte Einvernehmen darüber erzielt werden, welche Leistungen von Universitäten und Fachhochschulen in den kommenden Jahren erwartet werden. In diesem Kontext erscheint beispielsweise die beliebte Forderung nach eigenständiger Doktoratsausbildung an FH nicht schlüssig.

Die uniko sieht sich auch den Anliegen der Studierenden im Hinblick auf soziale Inklusion und damit einem verstärkten Augenmerk auf das Beihilfensystem verpflichtet. „Wir unterstützen die Forderungen der HochschülerInnenschaft bezüglich Ausbau der Stipendienprogramme“, betont die neue Vizepräsidentin Edeltraud Hanappi-Egger. Den Universitäten dürften beim Heranbilden des akademischen Nachwuchses keine Talente wegen fehlender finanzieller Absicherung verloren gehen. „Hier ist die Politik gefordert“, hält Hanappi-Egger dazu fest.

Leistungsvereinbarungen. Die uniko hat bereits Ende April vor dem Hintergrund des präsentierten Bundesfinanzrahmens (BFRG) 2017 bis 2020 den Budgetmehrbedarf für die kommende Leistungsvereinbarungsperiode 2019 bis 2021 veröffentlicht, deren Gesamtsumme im kommenden Jahr fixiert werden muss. Die genannten **1,535 Milliarden Euro** würden ab 2019 einen Mehrbetrag zum derzeitigen Universitätsbudget (2016 in Summe 3.239,6 Millionen Euro) von 500 Millionen Euro jährlich erfordern, der im vorgelegten BFRG für die Jahre 2019 und 2020 mit den vorgesehenen „Abweichungen zum vorhergehenden Finanzrahmen“ in keiner Weise abgebildet ist.

Dessen ungeachtet setzt der neue Präsident der uniko darauf, dass es durch die Veränderungen in der Bundesregierung tatsächlich zu einem Umdenken kommt: „Die Regierung hat erkannt, dass der Reformstau zu lange angedauert hat, und dass keine Zeit mehr für Zaudern und Zagen bleibt. Wir stehen im Wettbewerb um die Zukunft.“ Eine entsprechende Dotierung von Bildung, Wissenschaft und Forschung diene unmittelbar der Leistungsfähigkeit und Innovationskraft der heimischen Universitäten und ihrer Absolventinnen und Absolventen, und sei damit langfristig ausschlaggebend für die Zukunftschancen unseres Landes, ergänzt Vitouch.